



23/SVV/1283

Antrag
öffentlich

Erinnerung an die Großdemonstration am 4.11.1989 pflegen

<i>Einreicher:</i> Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion SPD, Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam	<i>Datum</i> 21.11.2023
--	----------------------------

<i>geplante Sitzungstermine</i> 06.12.2023	<i>Gremium</i> Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	<i>Zuständigkeit</i> Entscheidung
---	---	--------------------------------------

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ab dem kommenden Jahr eine Veranstaltung in Erinnerung an die Demonstration in Potsdam am 4.11. 1989 auf dem Luisenplatz in Potsdam durchzuführen. Hierzu ist ein Konzept vorzulegen; der Anlass ist in die Gesamtkonzeption der Erinnerung und des Gedenkens in Potsdam einzufügen.

Darüber hinaus ist die Beschilderung auf dem Luisenplatz, die Teil des Denkmalkonzeptes war, umzusetzen.

Dem Kulturausschuss ist im März 2024 Bericht zu erstatten.

Begründung:

Die Demonstration am 4.11. 1989, die auf dem Luisenplatz ihren Anfang nahm, war die größte in Potsdam während der Friedlichen Revolution 1989. Tausende Menschen nahmen daran teil. Transparente verdeutlichten die inhaltlichen Ziele, die vor allem in der Erlangung der Freiheit und demokratischer Rechte bestanden. Die Demonstration trug in Potsdam in ihrem großen Umfang – gleichzeitig mit der Großdemonstration in Berlin und in vielen Städten in der DDR – entscheidend zum Erfolg der Friedlichen Revolution bei. Es wurde klar, dass das bisherige Herrschaftssystem nicht aufrechterhalten werden konnte. Die Demonstration am 4.11. war ein wesentlicher Meilenstein der Friedlichen Revolution in der DDR 1989.

Im Ergebnis eines Wettbewerbsverfahrens 2018/2019 (18/SVV/0063) wurde 2021 das Denkmal nach dem Entwurf von dem Potsdamer Künstler Mikos Meininger enthüllt. Doch wird dem Anlass in der Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Potsdam bisher nicht Rechnung getragen.

Anlagen:



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:	
Titel des Antrages:	
Drucksache Nr.:	TOP:

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung
2. Berücksichtigung im Haushaltsplan
3. Zeitliche Umsetzbarkeit
4. Inhaltliche Einordnung